



WELTBÜHNE
Reportage

EUROPAS *BLINDER FLECK*

Text
PETRA SORGE

Fotos
RAMIN MAZUR

Mitarbeit
SIMION CIOCHINA

Verlassene Dörfer, marode Infrastruktur und im Osten ein eingefrorener Konflikt: In Moldau bemühen sich Entwicklungshelfer und Diplomaten

Immer mehr Moldawier bitten in
Deutschland um Asyl. Dabei haben
sie keine Chance auf Anerkennung.
Warum verlassen sie ihre Heimat?
Eine Reise in ein zerrissenes Land





Oben: Viele Bewohner von Grosesch im Osten Moldaus arbeiten im Ausland. Die Nachbarn passen gegenseitig auf ihre leeren Grundstücke auf

Links: Der Schlosser Valeriu Butnaru hat einen Sohn in München und wartet auf dessen Rückkehr. Sein Traum: eine eigene Werkstatt

Unten: Im Kreis Nisporeni gibt es noch alte Ziehbrunnen. Das Wasser ist mit Schwermetallen verseucht





In Grosetsch, Moldau, ist der 60-jährige Schlosser Valeriu Butnaru in seinem Haus und seiner Werkstatt allein. Ringsum stehen drei Grundstücke leer. Das Unkraut wuchert, die Fensterläden knarzen bei jeder Windböe. Sie sind alle weg: die Kinder, die jungen Erwachsenen, die Familien.

Im Westen Berlins, in einer umfunktionierten Industriehalle, drängeln sie sich. Die Parzellen in der Notunterkunft Paulsternstraße sind nur durch Vorhänge abgetrennt. Jeder Zwölfte kommt aus Moldawien. Im ersten Halbjahr kamen 1608 nach Deutschland – doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Und noch mehr stellten einen Asylantrag – insgesamt 1780.

Im Verhältnis zu der Million aus Syrien, Irak und anderen Ländern fällt diese Zahl zwar kaum ins Gewicht. Aber das kleine Moldawien, 3,6 Millionen Einwohner, steht für einen Trend: Aus dem östlichen Vorhof der EU verlassen Menschen gerade zu Tausenden ihre Heimat.

BERLIN, PAULSTERNSTRASSE

Auch Victor, blond, 32, russischsprachig, und seine Arbeitskollegin Natalia. Sie sind mit ihren Familien gekommen und fürchten den Asylbescheid. Denn bislang lautete der fast immer: Ablehnung. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) sagte zwischen Januar und Juli 1040 Mal „Nein“ zu moldawischen Asylbewerbern. Nur zwei Antragsteller kamen durch. Die Schutzquote liegt bei 0,1 Prozent.

Victor war Sicherheitsbeauftragter in einer Lebensmittelfirma, als eines Tages ein Mitarbeiter bei einem Arbeitsunfall ums Leben kam. Er informierte seinen Chef und die Polizei. Nichts geschah. Keine Ermittlungen, keine Konsequenzen. Er suchte das Weite.

Natalia ist Opfer eines riesigen Bankenskandals. Sie hatte ihr Ersparnis auf der staatlichen Banca de Economii gebunkert, umgerechnet 5000 Euro. Vor einem Jahr ging das Institut pleite, ihr ganzes Geld war weg. In Moldawien gab es nie einen Rettungsschirm, keine staatliche Einlagensicherung. Der Ex-Premierminister steht im Verdacht, von dieser und anderen Banken insgesamt eine Milliarde Dollar zur Seite geschafft zu haben. Im Oktober wurde er inhaftiert.

Moldau belegt auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International Platz 103 von 168. Hinzu kommt ein eingefrorener Konflikt: Moldawien ist zerrissen in einen westlichen Teil, in dem sie überwiegend Rumänisch sprechen und in die EU streben, und in einen russischsprachigen östlichen Teil: Transnistrien hat sich zur autonomen Republik erklärt und wird nur von Russland anerkannt. International ist die Provinz isoliert.

Beide Seiten führten 1992 einen Krieg. Seitdem gab es aber keine Gewalttaten mehr. Die Bürger



Petra Sorge

reiste als Touristin und ohne Aufnahmegerät nach Transnistrien, weil Journalisteninterviews dort einer behördlichen Genehmigung bedürfen. Kurz hinter der Grenze wurden sie und ihr Kollege Simion Ciochina von einer Polizeikontrolle gestoppt. Aber der Beamte wollte nur Bargeld. Er steckte alles ein

Moldaus dürfen seit 2014 visumfrei in die EU einreisen. Transnistrien möchte am liebsten der Russischen Föderation beitreten.

Ende Mai schickte die US-Armee Soldaten für ein Manöver. Es ging dabei weniger um Transnistrien als um Russland – um eine Reaktion auf Putins zunehmende Aggressionen in der Ostukraine. Und bei ihrem Gipfel in Warschau Anfang Juli vereinbarte die Nato, weitere Truppen nach Osteuropa zu verlegen.

In der Notunterkunft sagt Victor, er sei nicht wegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik geflohen. Natalia habe Verwandte in der Bundesrepublik – deswegen. Im April surfte sie im Internet, übersetzten die Informationen mit Google Translate. Sie mieteten einen Minibus, dem Fahrer sagten sie: „Nach Berlin, zur Turmstraße, bitte.“ Das ist die Adresse der Zentralen Erstaufnahmestelle.

Wir machen uns selbst auf den Weg, um die neue Fluchtbewegung nachzuvollziehen.

MOLDAWIEN, IM KREIS NISPORENI

Im Dorf Grosetsch leben sie fast alle von dem Geld, das Familienangehörige aus dem Ausland schicken. Auch der Schlosser Valeriu Butnaru hat einen Sohn in Deutschland, in einer Autowerkstatt im Großraum München.

Sein zweiter Sohn wohnt mit Frau und Kindern in der Nachbarschaft. Nicht alle Gebäude sind hier Bruchhütten. Es gibt auch edle Häuschen mit geputzter Fassade und Garten.



Butnaru hat einen Traum. Er will eine neue, zweite Werkstatt bauen und mit seinen Söhnen einen Reparaturbetrieb eröffnen. Mit eigenem Geld, ohne Kredite. Er misstraut den Banken. Erst recht den Politikern: „Die sind alle Diebe.“

Butnaru zahlt Steuern, wie alle Bewohner hier. Das Geld kommt aber nicht ins Dorf zurück, etwa für die öffentliche Infrastruktur: Die Straße vor dem Haus ist eine Schlammgasse. Seine Toilette steht im Garten, eine windschiefe Holzhütte, darin ein Plumpsklo.

Bis vor kurzem ist er noch dreimal im Monat mit dem Traktor rausgefahren, um Trinkwasser zu holen. Im Kreis Nisporeni gibt es Ziehbrunnen mit Kurbel und Eimer, an den meisten Stellen ist das Wasser mit giftigen Schwermetallen versetzt. Seit Ende Juli hat es Butnaru etwas besser: Österreich hat, auch mit EU-Geld, eine neue Trinkwasseranlage mit Netzwerk gebaut. Nun bekommen rund 16 000 Menschen frisches, sauberes Wasser.



Oben: Viele Moldawier suchen Trost in der Religion
Unten: Kreispräsident Ion Artene versucht, die Menschen in Nisporeni zu halten



„Das ist im Wesentlichen Fluchtursachenbekämpfung, da ja nun das Leben hier auf dem Land viel erträglicher ist und sich auch die Wirtschaft besser entwickeln kann“, sagt Projektleiter Gerhard Schaumberger von der Austrian Development Agency.

DIE STADT NISPORENI IN MOLDAWIEN, KREISVERWALTUNG

Das Wasser im Gebäude der Kreisverwaltung Nisporeni stinkt immer noch nach faulen Eiern. Es enthält Hydrogensulfat, ein farbloses Gas.

Hier hat Ion Artene sein Büro, der Präsident des Kreises. Auf seinem Furnierholztisch stehen drei kleine Flaggen – Nisporeni, Moldau, die EU. An dem Wasserprojekt, sagt er, beteiligen sich auch der Kreis und die Gemeinden. Zudem müsse jeder Hausbesitzer 5000 Lei Anschlusskosten bezahlen, rund 230 Euro.

Ion Artene spricht von Wirtschaftsförderung, von „lokalem Business“. Aber wo sind dann die asphaltierten Straßen, die Unternehmer dringend brauchen, wo die Abwasserleitungen? Der Kreispräsident zuckt die Schultern: „Ich bin erst seit einem Jahr im Amt.“ Und die Korruption? Artene sagt, bei „Polizei und Justiz“ könne es schon Probleme geben.

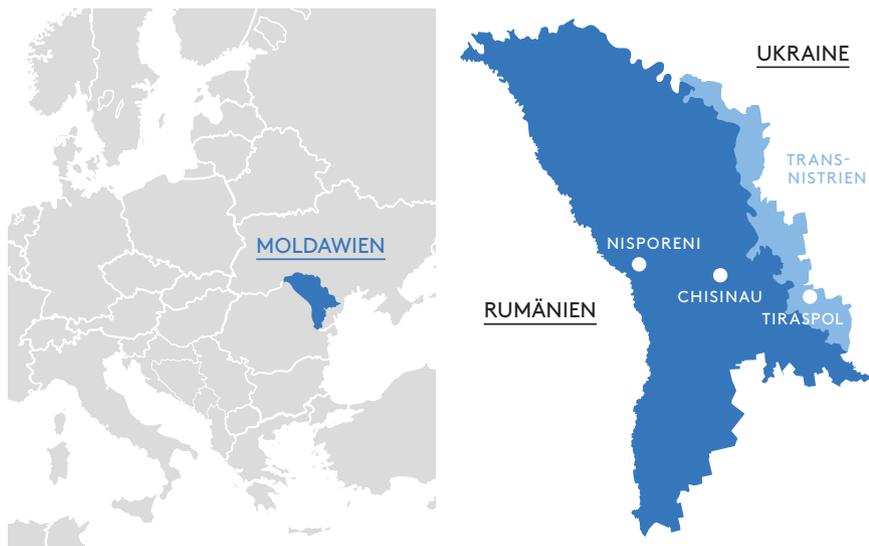
Zu Jahresbeginn kamen aus keinem moldawischen Kreis so viele Menschen in die Berliner Erstaufnahme wie aus Nisporeni. Warum das so ist? Ion sagt, es gebe hier keine Verfolgung, auch von Schleppern habe er noch nichts gehört. Seine Vermutung: „Sie wollen in Deutschland ein besseres Leben.“

CHISINAU, HAUPTSTADT VON MOLDAWIEN, STAATLICHES BÜRO FÜR MIGRATION UND ASYL

Vielleicht kann einer weiterhelfen, der es von Staats wegen wissen muss. Iulian Popov, Scheitel, Button-Down-Hemd, ist Direktor in der Asylbehörde und oberster Fallentscheider der Republik Moldau. In seinem Büro hängt eine Weltkarte. Die Tür zum Gang lässt er offen, wie alle hier, es gibt ohnehin keine Schlangen. Popov kocht erst einmal einen Tee, füllt die Tasse, bis das Wasser überläuft. Er springt auf, holt ein Zellstofftaschentuch, beseitigt den Fleck.

Popov hat Zahlen, wie viele Moldawier im Ausland um Asyl baten: 980 im Jahr 2014. Von denen erhielten 122 den Flüchtlingsstatus zugesprochen. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention betrifft das diejenigen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen politischer Überzeugungen verfolgt werden.

Gibt es Verfolgung in Moldau? Popov sagt nur: „Als Herkunftsland sind wir nicht in der Position, über die Fluchtursachen unserer Staatsbürger zu spekulieren.“ Es sei aber möglich, dass nicht alle Menschen genau wüssten, was ein Flüchtling sei: „Da kommt es vielleicht zu Missverständnissen.“



Man merkt schnell: Popov wird kaum über Nachteile jenes Landes sprechen, dem er als Beamter dient.

CHISINAU, HAUPTSTADT VON MOLDAWIEN, INTERNATIONALES BÜRO FÜR MIGRATION

Ghenadie Cretu ist nicht durch einen solchen Beamteneid gebunden. Er arbeitet für das Internationale Büro für Migration (IOM), eine zwischenstaatliche Organisation, die Flüchtlinge umsiedelt und Rückkehrer betreut. Die jüngste Auswanderung von Moldawiern bezeichnet er als „Wirtschaftsmigration“. „Viele, die in Europa gestrandet sind, ohne Job und ohne Geld, haben um Asyl gebeten.“

Cretu sieht auch den Konflikt in Transnistrien nicht als Asylgrund: „Dort herrscht kein Krieg.“

Seit Anfang Juni – nach zwei Jahren der frostigen Stille – sprechen die Konfliktparteien sogar wieder miteinander. Die Vertreter aus Moldau und Transnistrien trafen sich in Berlin, vermittelt von deutschen Diplomaten. Die Bundesrepublik hat in diesem Jahr den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) inne; im Juli reiste Frank-Walter Steinmeier nochmals in die Region.

Der SPD-Außenminister verkündete kleine Fortschritte: die gegenseitige Anerkennung von Kfz-Kennzeichen und Hochschulabschlüssen.

Steinmeier hatte wegen der Nato-Truppen in Osteuropa jüngst vor einem „Säbelrasseln und Kriegsgeheul“ gegen Russland gewarnt. Transnistrien ist da wichtig. Denn es handelt sich vor allem um einen Konflikt zwischen Moldawien und Russland. Präsident Putin sieht Transnistrien als Pufferzone zur Europäischen Union und zur Nato.

Innenansichten einer Syrien-Expertin



Kristin Helberg
Verzerrte Sichtweisen - Syrer bei uns
 Von Ängsten, Missverständnissen und einem veränderten Land
 272 Seiten
 Gebunden mit Schutzumschlag
 € 24,99
 ISBN 978-3-451-31157-4

Kristin Helberg hat sieben Jahre als Korrespondentin in Syrien gelebt. Sie kennt die syrische Politik, Gesellschaft und Mentalität so gut wie kaum jemand sonst in Deutschland. Über ihre syrische Familie und viele Freunde ist sie eng mit dem Land verbunden. Sie weiß, wie es jenen geht, die bis heute in Syrien ausharren und denen, die versuchen, in Deutschland Fuß zu fassen. Warum haben so viele Menschen Angst vor den Syrern? Was erwarten wir von ihnen – und was erhoffen sie sich von uns? Was muss jetzt getan werden, damit die syrische Katastrophe nicht zu einer deutschen wird? Endlich das erste Buch zum Thema »Syrer bei uns«.

Neu in allen Buchhandlungen oder unter www.herder.de

HERDER
Lesen ist Leben

Ein Denkmal in Nisporeni erinnert
an die Gefallenen des Krieges zwischen
Transnistrien und Moldawien 1992





VALERIU ION DUMBROVĂ



VALERIU GHEORGHE BULICANU





Viele Diplomaten hoffen, dass erfolgreiche Verhandlungen in Transnistrien auch als Vorbild für andere eingefrorene Konflikte dienen könnten – etwa in Bergkarabach, Abchasien oder der Ostukraine. Neben Moldau und Transnistrien nehmen an den sogenannten 5+2-Gesprächen auch die EU und die USA als Beobachter sowie Russland und die Ukraine als Vermittler teil. Dass diese beiden Rivalen an einem Tisch sitzen, ist auch schon ein Erfolg, wo doch die Friedenspläne Minsk I und II für die Ukraine bis heute nicht wirklich funktionieren.

Das Ziel der Verhandlungen hat Steinmeier schon zu Jahresbeginn formuliert: Souveränität und territoriale Integrität für die Republik Moldau, ein Sonderstatus für die Provinz Transnistrien. So weit die Theorie. In der Praxis ist eine Lösung weit entfernt.

So fürchten die Moldawier nicht nur Putins Einfluss, sondern auch, dass die Gagausen, ein Turkvolk im Süden des Landes, mehr Autonomie fordern. Und Ende Juli lehnte Transnistrien den von der OSZE vorgeschlagenen „Sonderstatus“ ab. Der Vorsitzende des Obersten Rates verwies auf ein Referendum 2006, in dem sich die Wähler klar für einen Beitritt zu Russland ausgesprochen hätten.

Flüchtlinge spielen in dem Konflikt auch eine Rolle.

CHISINAU, HAUPTSTADT VON MOLDAWIEN, EINE ASYLBEWERBERUNTERKUNFT

Moldau hat im Moment einen, der aus Transnistrien geflohen ist: Sergej Ilcenco. Der Journalist mit grauem Shirt, Jeans und Stoppelbart lebt seit einem Jahr in einem Heim des UN-Flüchtlingshilfswerks. Sein Zimmer teilt er sich mit zwei weiteren Personen und, in einem Karton, drei Babykatzen. In der gesamten Unterkunft gibt es nur 14 Bewohner, darunter vier Syrer – die Flüchtlingsbewegung des vergangenen Jahres ist an Moldawien nahezu vorbeigegangen.

Der Fall Sergej Ilcenco ist für Moldau aber ein wichtiger Beweis: Die Lage drüben ist schlimm. Geradezu dramatisch.

So erlebte das Ilcenco. Er saß zwei Monate in einem transnistrischen Gefängnis, weil er in einem Blogbeitrag zum „bewaffneten Aufstand gegen die legale und legitim gewählte Behörde“ aufgerufen habe. So steht es in einem Dokument des KGB – der transnistrische Geheimdienst trägt bis heute den Namen seines sowjetischen Vorbilds. Ilcenco sagt, der Vorwurf sei „komplett fabriziert“. Er habe den Text niemals geschrieben. In der Haft verschlimmerten sich sein Asthma und seine Herzbeschwerden.

Für den Asylbeamten Iulian Popov zeigt Ilcencos Fall, dass es „in Transnistrien ein Risiko für Folter und für willkürlichen Freiheitsentzug“ gebe.

Aber sieht man das auch innerhalb der selbst ernannten Republik so?

TRANSNISTRIEN, DIE HAUPTSTADT TIRASPOL

In der Hauptstadt Tiraspol erinnern Soldatendenkmäler an den Krieg mit Moldau. Das Staatswappen, das auf mehreren Plakaten prangt, enthält noch immer kommunistische Symbole: ein roter Stern, Hammer, Sichel, Ährenkranz.

In einer Pizzeria treffen wir eine Regimegegnerin zum Gespräch, Ekaterina Lipovcenko. Sie schaut immer wieder nervös auf die Straße. Ihr Sohn Oleksandr sitzt seit einem Jahr in einem Internierungslager in Tiraspol. Seine Zelle, 24 Quadratmeter, teilt er sich mit acht weiteren Häftlingen. Ende März verurteilte ihn ein Gericht wegen Extremismus zu dreieinhalb Jahren. Er soll bei Facebook geschrieben haben: „In Transnistrien kann die Ordnung nur noch mit UN-Soldaten wiederhergestellt werden.“

Nichts fürchtet das international isolierte Regime mehr als eine Einmischung von außen. Regierungschef Pawel Prokudin griff Ende Juli Steinmeiers Bild auf und sprach von einem „Säbelrasseln“ an den Grenzen Transnistriens.

Oleksandr Lipovcenko bestritt den Vorwurf des KGB, ging in den Hungerstreik, erkrankte an Hepatitis. Die Wachen prügelten auf ihn ein. „Er konnte kaum laufen, hatte enorm an Gewicht verloren und überall gelbe und blaue Flecken am Körper“, beschreibt die Mutter seinen Zustand.

Seine Mutter Ekaterina Lipovcenko schrieb Briefe an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie flehte um Hilfe. Eine Antwort hat sie bis heute nicht erhalten. Von der OSZE heißt es, die Mission in Moldau kümmere sich um Einzelanfragen. Die Post unterliege jedoch der Vertraulichkeit.

CHISINAU, HAUPTSTADT VON MOLDAWIEN, BEI EINER NICHTREGIERUNGSORGANISATION

Ion Manole regt das auf. Er ist Jurist, Aktivist und Direktor der Nichtregierungsorganisation Promo-Lex. Er findet, Transnistrien sei ein „schwarzes Loch“ für

Der Journalist Sergej Ilcenco saß in Transnistrien im Gefängnis. Heute wohnt er in einem Flüchtlingsheim in Moldaus Hauptstadt Chisinau





Links: Ein Junge löscht an einem öffentlichen Trinkbrunnen seinen Durst. Mit EU-Geldern wurden bereits viele neue Wasserleitungen gebaut

Links unten: Zwei Mädchen spielen in einem entvölkerten Armenviertel. Das IOM Moldau spricht von „Wirtschaftsmigration“

Unten: Iulian Popov ist der oberste Asylentscheider Moldaus. Er vermutet, dass viele Antragsteller gar nicht wissen, was ein Flüchtling ist



Das Bamf lehnt fast alle Asylanträge von Moldawiern ab. Nur zwei Antragsteller kamen bisher durch





Ala Gherman kämpft für die Freilassung ihres Bruders. Ein Röntgenbild zeigt den Zustand seines Gebisses nach zwei Jahren in transnistrischer Haft



müssten nun umgehend eine „Notfallmission“ in Moldawien schaffen. Es war eine klare Aufforderung an die OSZE: Die Feldmission in Moldau soll laut ihrem Mandat schließlich auch Menschenrechte in den Blick nehmen. Doch passiert ist bislang nichts.

Auf Anfrage verweisen die OSZE-Mission Moldau, das OSZE-Sekretariat in Wien sowie das Auswärtige Amt auf sich untereinander. Schließlich erklärte ein Sprecher des deutschen OSZE-Vorsitzes 2016 schriftlich: „Die Diskussion individueller Menschenrechtsfälle ist nicht Teil der 5+2-Agenden.“ Es gebe aber eine Expertengruppe zu dem Thema.

Wie akkurat sich Menschenrechtsverletzungen in Transnistrien dokumentieren lassen, zeigt ein weiteres Schicksal, über das die OSZE ebenfalls in Kenntnis gesetzt wurde.

CHISINAU, HAUPTSTADT VON MOLDAWIEN, DIE UNTERNEHMERIN ALA GHERMAN

Es ist ein Fall, der das Leben von Ala Gherman auffrisst. Die 53-Jährige steht inmitten ihres Büros, umringt von Aktenordnern und Stapeln auf dem Boden. „Vitali, Vitali“, ruft sie, als ob die Dokumente ihn zurückholen könnten. Es sind Tausende Seiten mit Beweisen, dass ihr Bruder, Vitali Eriomenko, unschuldig ist. Beweise, die niemand wahrhaben möchte.

Der 47-Jährige hat im transnistrischen Slobozia ein großes Unternehmen für Lebensmittel aufgebaut. Als sein Geschäft profitabel wurde, begannen seine Probleme. Es hieß, er habe Steuern hinterzogen. Dass die Rechnungsprüfer und sogar die Steuerbehörde das dementierten, interessierte weder die Justiz noch die Geheimdienste. Am 29. März 2011 wurde Eriomenko in Handschellen abgeführt. Sie machten ihm 18 Mal den Prozess. Er bekam zwölf Jahre.

Seine Frau und die drei Kinder flohen, 400 Mitarbeiter verloren ihren Job. Ein Imperium lag brach. Eriomenkos Haus fiel dem Vandalismus anheim.

Ala Gherman öffnet einen Dateiordner auf dem Computer. Im Frühling, sagt sie, gelang es ihr erstmals nach fünf Jahren, heimliche Fotos vom Haus ihres Bruders zu machen. Die Fensterscheiben sind zerschlagen, Schränke leer geräumt. Eine Plüschente ist aufgeschlitzt. Würmer kriechen über den Teppich.

Sie zeigt noch ein Bild aus dem Jahr 2013. Es ist eine Röntgenaufnahme von Vitalis Gebiss. Es enthält sechs Lücken. „Heute hat er gar keine Zähne mehr.“ Ihr Bruder leide auch an Herz-, Magen- und Darmbeschwerden. „Ich würde ihm sogar eine Operation bezahlen“, sagt Gherman, die selbst eine Unternehmerin ist und in Chisinau Trockenfrüchte herstellt, „aber sie erlauben das nicht.“

Ala Gherman schrieb Bittbriefe an die OSZE, immer wieder. Auch die Eltern wandten sich an die Mission. Doch auch hier wieder: keine Antwort. Die OSZE



die Menschenrechte, und die OSZE tue „seit Jahren nichts dagegen“.

Manole sammelt Fälle von staatlichen Menschenrechtsverletzungen. Wenn Bewohner Transnistriens im Ausland Asyl beantragen wollen, kommen sie an ihm kaum vorbei. Er liefert dann Unterlagen: „Aber nur an echte Verfolgte.“ In seinem Büro steht ein Regal mit durchnummerierten Aktenordnern.

Ion Manole und seine Mitarbeiter dürfen seit einem Jahr nicht mehr zu ihren Klienten nach Transnistrien reisen; sie sind dort zur Fahndung ausgeschrieben. Den Vorwurf hat der KGB öffentlich gemacht: Promo-Lex habe sich diskreditiert, weil es Menschenrechtsverletzungen in Moldau, bei ukrainischen Nationalisten oder in den USA nie thematisiert habe. Stattdessen arbeite die Organisation „methodisch“ und in einer „zerstörerischen sowie feindlichen“ Weise gegen die transnistrische Republik.

Der Europarat ist „alarmiert“ und mahnte Ende Juni Konsequenzen an: Internationale Akteure

will keine Briefe von Menschenrechtsaktivisten gefunden haben. „Die entsprechenden Posteingangsregister wurden in dieser Hinsicht geprüft“, teilt der Sprecher des deutschen OSZE-Vorsitzes mit.

BERLIN, AUSWÄRTIGES AMT

Anfang Juli lädt das Auswärtige Amt zu einer Tagung: „Die OSZE als Vermittler“. In einem Panel spricht der deutsche Sonderbeauftragte für die Transnistrien-Verhandlungen, Cord Meier-Klodt. Gegenüber malt ein Grafikdesigner kleine Bildchen auf ein Whiteboard. Eine Schildkröte, ein Schneemann, ein Eichhörnchen. Es sind die Inhalte der Runde, die nicht nach außen dringen dürfen. Autorisierte Zitate aus der Runde oder gar ein Interview mit dem Sonderbeauftragten gibt es keine.

Ion Manole von Promo-Lex schreibt später bei Facebook: Sein Eindruck war, dass das bislang nur in Moldau passiere, dass die OSZE Nachrichtensperren verhängt. „Würden Deutschland und die OSZE in Transnistrien eine vernünftige Politik machen, dann würde das auch weniger Flüchtlinge produzieren.“

Der schwedische Journalist Nils Resare hatte sich ebenfalls um ein Interview mit der OSZE bemüht, bei der Feldmission in Chisinau. Sein Thema: die Transnistrien-Verhandlungen und die „Situation von Folteropfern“. Ende Juni bekam er die Antwort: „Wir werden mit Ihnen nicht über Folterfälle reden können, sodass wir, wenn es Ihnen nichts ausmacht, dieses Thema nicht ansprechen.“

Also Menschenrechtsverletzungen lieber verschleiern? Sogar das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge spricht offen von „Folter“ in Transnistrien.

Die OSZE hat ein Problem. Sie ist ein Gebilde, in dem eine der Konfliktparteien sitzt: Russland. Die Transnistrien-Verhandlungen müssten von allen „57 OSZE-Teilnehmerstaaten im Konsens mitgetragen werden“, erklärte der Sprecher des deutschen OSZE-Vorsitzes. Das OSZE-Problem ist noch bis Jahresende Steinmeiers Problem.

Aber der sieht gar keines: Steinmeier will keine Konfrontation mit Russland. Bei seinen öffentlichen Auftritten in Transnistrien schieg er zu den Menschenrechtsverletzungen. Das Auswärtige Amt betont, Steinmeier würde auf seinen Reisen „stets“ die relevanten Themen ansprechen – „das schließt auch Menschenrechte ein“.

BERLIN, PAULSTERNSTRASSE

Der 21. Juli ist für Natalia aus der Notunterkunft der Tag, an dem all ihre Hoffnungen sterben. Der Brief mit der Absage ist angekommen: Sie und ihre Familie müssen nach Moldau zurück. Auch Victor hat einen Monat zuvor den Bescheid bekommen.

Natalia weiß nicht, was wird. Sie hat kein Geld, keinen Job. Keine Zukunft. ●

BESTZELLER

Literarisches Trio

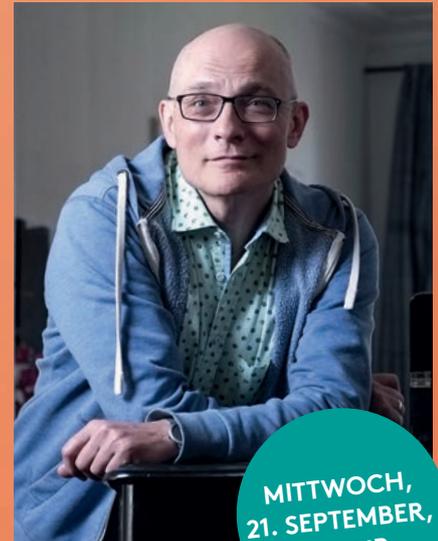


Foto: © Paulus Pomzak

Frank Heibert

MITTWOCH,
21. SEPTEMBER,
20 UHR

Sechs Bücher und ein Gast

Die Literaturkritiker Frauke Meyer-Gosau und Jörg Magenau diskutieren mit dem preisgekrönten Übersetzer Frank Heibert über literarische Neuerscheinungen.

Debattiert wird über David Vanns Roman „Aquarium“, über Eugen Ruges „Follower“ und über Kathrin Schmidts „Kapoks Schwestern“.

Zum Schluss geben die Teilnehmer des Trios noch drei aktuelle Literatur-Tipps ab.

Mittwoch, 21. September 2016, 20 Uhr,
Literaturforum im Brecht-Haus,
Chausseestraße 125, 10115 Berlin
Eintritt 5 Euro/3 Euro an der Abendkasse,
kein Kartenvorverkauf.

Tickets unter: 030 28 408 155

In Kooperation mit:



Cicero
ANDERS ALS SIE DENKEN